

Pressemitteilung der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“

Transparenz ohne Hintertüren

Beschluss der Bundesminister zur Offenlegung von Subventionsempfängern vertagt. Verbände-Initiative warnt vor Tricksereien mit Schwellenwerten

Berlin, 30.08.2006. Nach langwieriger Diskussion konnten sich die beteiligten Bundesministerien gestern nicht auf eine gemeinsame Position zur Europäischen Transparenz-Initiative einigen. Zu stark scheinen in der Bundesregierung die Bestrebungen zu sein, mit dem Einziehen von Schwellenwerten die Transparenz aushebeln zu wollen. Nur ab einer bestimmten Summe von Fördergeldern wollen sie Informationen über die Empfänger von EU-Subventionen bereitstellen. Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, die mittlerweile von 32 Organisationen und Verbänden unterstützt wird, kritisiert diese Abwehrhaltung der Bundesregierung und fordert dringend eine Offenlegung ohne Schwellenwerte.

Insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium hadert nach Informationen der Transparenz-Initiative mit der Offenlegung aller Subventionsempfänger. Schwellenwerte von bis zu 2 Millionen Euro waren vom Wirtschaftsminister Glos vorgeschlagen worden. Damit blieben die meisten Subventionsempfänger weiter verborgen, bereits jetzt müssen bei einer Förderungssumme von 2 Millionen die Projekte mit Schildern der Öffentlichkeit erläutert werden. Ein Mehr an Transparenz würde es damit kaum geben.

„Schwellenwerte sind grundsätzlich nicht gerechtfertigt“, so Marita Wiggerthale von Oxfam. „Sie gefährden die Gleichbehandlung aller Empfänger innerhalb eines Förderprogramms und verstoßen damit gegen das Prinzip des Gleichheitsgrundsatzes.“

Darüber hinaus will die Regierung der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - nur einfache Listen zugänglich machen mit Namen des Subventionsempfängers, Art der Förderung sowie der Summe der öffentlichen Fördermittel (EU und national). Die Initiative hält das für unzureichend. Tanja Dräger de Teran, WWF: „Es geht nicht darum, die größten Subventionsempfänger an den Pranger zu stellen, sondern zu überprüfen, ob und welche Vorteile die Allgemeinheit von der Förderung eines Unternehmens hat. Nur wenn weiter gehende Informationen zu den Empfängern zugänglich sind, wie etwa Größe und Bewirtschaftungsform oder Art der Tierhaltung und Anzahl der Arbeitskräfte, dann ist eine Bewertung im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien möglich.“

Der Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen geht es darum, Subventionen an gesellschaftliche Leistungen der Landwirte zu koppeln. Wer solche Leistungen etwa im Umwelt- und Tierschutz erbringe, werde bei der bisherigen Subventionspraxis nicht ausreichend honoriert. „Eine Qualifizierung der Subventionen ist notwendig. Die Zahlungen sind bislang nicht an soziale Kriterien gekoppelt, wie beispielsweise an die Zahl der Arbeitskräfte. Damit profitieren vor allem wenige Großbetriebe von den Subventionen, die eine industrialisierte und rationalisierte Landwirtschaft auf großer Fläche betreiben“, sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

„Transparenz wird auch den Tierschutz stärken“, so Thomas Schröder, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes. Erst dadurch werde deutlich, dass Betriebe mit artgerechter Tierhaltung benachteiligt werden. Agrarsubventionen müssen an Tierschutzstandards gebunden werden, die diesen Namen auch verdienen.

Die Initiative für Transparenz fordert Bundeswirtschaftsminister Glos und die gesamte Bundesregierung auf, sich zum Anwalt der Gesellschaft und der Steuerzahler zu machen und offensiv für Transparenz einzutreten.

Weitere Informationen unter: <http://www.wer-profitiert.de/de/home/>

Kontakt für die Presse:

Jörn Kalinski: 0171-83 60631

Tanja Dräger de Teran: 0173-594 638 9

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: 0171-362 771 1

Thomas Schröder, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes: 0228-6049624, am 6.9.
vor Ort 0179-1214719

Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ wird unterstützt von folgenden Organisationen:

1. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
2. AgrarBündnis
3. ATTAC Agrarnetz
4. Brot für die Welt
5. Buko Agrarkoordination
6. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
7. Deutscher Naturschutzring (DNR)
8. Deutscher Tierschutzbund e.V. (DTSchB)
9. Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
10. Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG Ejl)
11. Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)
12. FIAN
13. Forum Umwelt und Entwicklung
14. Gerechtigkeit jetzt!.
15. Germanwatch
16. Greenpeace
17. IG Bauen Agrar Umwelt
18. INKOTA-netzwerk e.V.
19. Misereor
20. Naturschutzbund Deutschland (NABU)
21. Netzwerk Recherche
22. Neuland e.V.
23. Oxfam Deutschland e.V.
24. PROVIEH-VgtM e.V. – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.
25. Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
26. Transparency International Deutschland e.V.
27. Verbraucher für unbelastete Nahrung
28. Vier Pfoten – Stiftung für Naturschutz
29. Weltladen-Dachverband
30. WEED
31. WWF
32. Waldbauernverband Brandenburg e.V.